

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/233

Bonn, den 9. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Passierscheine ...</u>	41
	Keine politische Prestigefrage um menschliche Erleichterungen	
2	<u>Nüchterne Feststellungen</u>	40
	Sozialetat - Verteidigungsetat Von Max Seidel, MdB	
3	<u>Gutes deutsch-dänisches Verhältnis</u>	50
	Ergebnis langjähriger sozialdemokratischer Vorarbeit	
4	<u>Neue afrikanische Staaten</u>	51
	Kenia und das Inselreich von Sansibar und Pemba	
5 - 6	<u>Peking greift nach Thailand</u>	89
	Kommunistische Guerillas stossen bis zur Grenze Chinas vor Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch	

\*\*\*\*\* DAS VATIKANISCHE KONZIL \*\*\*\*\*

Der SPD-Pressediens wird in seiner Ausgabe von 10. Dezember 1963 zwei beachtenswerte Artikel veröffentlichen, die sich mit den Ergebnissen der zweiten Sitzungsperiode des Vatikanischen Konzils befassen. Wir bringen:

Peter N e l l e n , MdB,

Katholische Kirche in dieser Zeit

Dr. Dr. Gustav B e r n h e i m a n n , MdB,

Das Konzil in evangelischer Sicht .

\*\*\*\*\*

9. Dezember 1963

Passierscheine

Keine politische Prestigefrage um menschliche Erleichterungen

sp - Es ist eine schlechte Sache, wenn diejenigen, die eine Mauer in Berlin errichtet haben, um Deutsche von Deutschen zu trennen, jetzt nach Beckmesser-Art die Frage von Passierscheinen für Berliner während der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage zu einem Politikum ersten Ranges machen wollen. Es erscheint uns allerdings auch unangebracht, wenn in freien Teil Deutschlands wirtschaftspolitische Maßnahmen - wie etwa das Kreditangebot des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen an die Zone - als eine Art Tauschgeschäft dargestellt wird. Menschliche Gefühle werden zutiefst verletzt und Hoffnungen zerstört, die, berechtigt oder unberechtigt, in den letzten Tagen aufkeimen konnten.

Der Berlinverkehr wurde am 13. August 1961 durch den Bau der Ulbricht-Mauer brutal unterbrochen und seit diesem Tage sind die Bewohner West-Berlins unter besonders Ausnahmestellung gebracht worden, weil sie generell von dem Besuch selbst nächster Verwandter in Ost-Berlin ausgeschlossen werden. Viel menschliches Leid ist seither entstanden. Versuche, dieses Leid zu mindern, dürfen nach unserer Auffassung nicht mit Erwägungen belastet werden, die niemandem nützen und vor allem denen nicht helfen, die sich seit Jahren der Trennung einmal wiedersehen wollen.

Gewiß versucht die Regierung in Pankow, auch die jetzt entstandene öffentliche Diskussion über die Passierscheine in das Fahrwasser der sogenannten Drei-Staaten-Theorie zu lenken. Das ist nichts Neues; in Bonn und in West-Berlin weiß man, daß dies seit jeher die Absicht Pankows ist. Aber warum geht man auf dieses unanständige Spiel ein?

Warum erlaubt man es, die Bemühungen und Möglichkeiten, Erleichterungen für die Menschen in Berlin zu erreichen, zu einer politischen Prestigefrage machen zu lassen?

Normal wäre es, wenn man den ganzen Vorgang als einen selbstverständlichen Verwaltungsakt der Berliner Magistratsverwaltungen betrachtet, als einen Akt, der ausschließlich der zeitweiligen Beseitigung von Schikanen zu dienen hätte. Diesen Ziele wäre alles unterzuordnen, und zwar im Sinne deutlicher Abgrenzung von politischen Prestigefragen und verwaltungstechnischen Notwendigkeiten.

Zur Stunde wissen wir nicht, wie die zum Teil durch voreilige Verlautbarungen in das Schußfeld des großen Ost-Westkonfliktes geratene Passierscheinfrage gelöst werden wird. Wenn aber wieder einmal die Hoffnungen von vielen tausend Menschen betrogen werden, so darf man sich nicht wundern, wenn die unmittelbar Betroffenen bitter werden.

+ + +

Nüchterne Feststellungen

Sozialetat - Verteidigungsetat

Von Max Seidel, MdB

Noch liegt der neue Bundeshaushaltsplan 1964 dem Bundestag nicht vor. Erst am 7. Januar 1964 wird der Bundesfinanzminister Dr. Dählgren den Entwurf im Bundestag einbringen und damit die erste Lesung eröffnen. Trotzdem ist in der Öffentlichkeit schon jetzt eine lebhaftere Auseinandersetzung um den neuen Bundeshaushalt in Gang gekommen. Die Bundesregierung hat den Entwurf des Bundeshaushaltes 1964 dem Bundesrat zugeleitet. Haushalts-Ausschuß und Presse wurden über den Etat informiert. Dadurch wird die Endziffer des neuen Gesamtetats und die Einzelpläne bekannt.

Für die Einhaltung der Gesamtsumme in Höhe von 60,3 Milliarden DM wird bereits ein ganzes Feuerwerk währungs- finanz- und haushaltspolitischer Argumente losgelassen. Es sieht so aus, als soll es weder ein Unterschreiten noch Überschreiten dieser Endziffer geben. Warten wir ab, wie am Ende der Haushaltsberatung, wahrscheinlich Mai 1964, die wirkliche Endsumme lautet.

Ein wichtiger Punkt in der Auseinandersetzung über den Haushaltsentwurf sind die sozialpolitischen Fakten im Einzelplan 11 "Arbeit- und Sozialordnung". Anlässlich der Debatten um das zweite Neuordnungsgesetz des Kriegsveteranenrechtes bemüht sich die Bundesregierung die zahlenmäßige Veränderung des Sozialetats 1964 gegenüber dem Verteidigungsetat kräftig hochzuspielen. Der Verteidigungsetat soll um 900 Millionen DM, der Sozialetat um 2,087 Milliarden DM erhöht werden. Rechtfertigt diese Feststellung das laute sozialpolitische Pathos der Bundesregierung und der Regierungskoalition?

Nüchtern sei festgestellt: Die Hauptgründe der Erhöhung des Sozialetats liegen bei den längst überfälligsten Verbesserungen des Kriegsveteranenrechtes und der längst erforderlichen Übernahme des Kindergeldes durch den Bund.

Wer die letzten Haushaltspläne des Bundes betrachtet, wird finden, daß sich der Sozialetat am wenigsten veränderte, der Verteidigungsetat aber geradezu enorme Sprünge nach oben machte.

Wie sehen die Endsummen der von der Bundesregierung gegenübergestellten Einzelsetats in den Haushaltsjahren 1961 bis 1964 aus?

* 1961	Verteidigungs-	= 11.365 Milliarden DM.	Sozial-	= 11.334 Mrd. DM
	etat		etat	
* 1962	"	= 14.976 " "	"	= 11.250 " "
* 1963	"	= 18.360 " "	"	= 11.498 " "
* 1964	"	= 19.280 " "	"	= 13.586 " "

Diese eindeutigen Zahlen sollten die Bundesregierung veranlassen, den unsachlichen Versuch aufzugeben, die Zahlen des Sozialetats des Bundes als einen Ansatzpunkt währungspolitischer Gefahren herauszustellen. Der Sozialetat gibt zu solchen Hiobsbotschaften keinen Anlaß.

+ + +

## Gutes deutsch-dänisches Verhältnis

### Ergebnis langjähriger sozialdemokratischer Vorarbeit

sp - Der christlich-demokratische Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Dr. Helmut L e m k e ist vor der sozialdemokratischen Regierung Dänemarks anlässlich eines offiziellen Staatsbesuchs in der letzten Woche überaus herzlich empfangen und gewürdigt worden; nach 100 Jahren hatte Dänemark einer deutschen Regierungschef wieder offiziell eingeladen. Die gutnachbarliche Beziehung wurde diesmal sogar durch einen Empfang bei dem dänischen König unterstrichen. In Übereinstimmung mit Bundesaußenminister Schröder hat Lemke den dänischen Staatsminister Krag zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Bonn und Kiel eingeladen.

Ministerpräsident Lemke hat jetzt vollendet, was vor nunmehr 13 Jahren von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, dem verstorbenen Hermann L ü d e m a n n und dem Bundestagesabgeordneten Bruno D i e k m a n n, begonnen wurde. Damals wurden die ersten Arrangements getroffen, und Gespräche in Kopenhagen geführt, um in einem neuen Europa zu einem guten Verhältnis im nördlichen Grenzland zu kommen. Es sei auch daran erinnert, daß noch in den späteren Jahren mancher forsche Christdemokrat im schleswig-holsteinischen Grenzland aufteuerte, als vor allem auf den Druck der dann in der Opposition stehenden Sozialdemokraten die Bonn-Kopenhagener Kinderheiten-Protokolle ausgefertigt wurden. Die Arrangements der früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Kiel und die späteren Protokolle aber haben die guten Voraussetzungen für das mustergültige Verhältnis im deutsch-dänischen Grenzland geschaffen.

Jetzt, nachdem in Kiel das Gespräch zwischen Lemke und dem sozialdemokratischen Oppositionsführer Wilhelm F ä b e r permanent und offen geführt wird, konnte Lemke auch in Kopenhagen bei den sozialdemokratischen Politikern auf gutes Verständnis stoßen. Lemkes Vorgänger, der jetzige Bundesverteidigungsminister von Hassel hatte eben noch zur Ära jener Christdemokraten im Grenzland gehört, die meinten, man müsse deutschnational und rechtskonservativ mit einem Nachbarn im Norden verkehren, der einmal auf Hitlers Geheiß besetzt und geknebelt worden war.

Sicher ist das Ergebnis der vielstündigen persönlich angenehmen Gespräche, die Lemke mit Krag und Haekkerup führte, nicht ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Dänemark nach dem Modell des Vertrages, wie ihn seinerzeit Adenauer und de Gaulle zwischen Paris und Bonn zustande brachten. Aber im Grunde bedarf es auch gar keiner detaillierten vertraglichen Fixierung bei den Dingen, die jetzt zwischen guten Nachbarn im Norden, nämlich den Schleswig-Holsteinern und den Dänen zu regeln sind. Diese Dinge weisen in die Zukunft, denn inzwischen haben die Ministerheiten beiderseits der Grenzen einen höchst liberal fixierten Status in ihren Herbergsvölkern erhalten.

Dänemark ist dabei, sich mit einer großartigen Planung von einem agrar-orientierten Staat zu einem vom Verkehr erstklassig erschlossenen Industrieland zu entwickeln. Eine Kernentwicklungsachse der dänischen Großraumplanung wird sich von Kopenhagen über Seeland und Fünen bis nach Esbjerg auf Jütland erstrecken. Das jütländische Teilstück dieser Achse aber grenzt an den schleswig-holsteinischen Raum. Dieser Raum soll im Zuge des EWG-Anpassungsprogramms, das Kiels Sozialdemokraten forderten und Lemke jetzt vorlegte, gleichfalls industriell entwickelt werden.

### Neue afrikanische Staaten

#### Kenia und das Inselreich von Sansibar und Pemba

D.B. - Wenn Kenia am 15. Dezember und das Inselreich von Sansibar und Pemba am 10. Dezember ihre Unabhängigkeit erhalten, findet damit auf dem afrikanischen Kontinent die Idee des Rechts auf Selbstbestimmung erneut ihren konkreten politischen Ausdruck. Wir haben allen Anlaß, über die Entsendung offizieller Vertreter hinaus an diesen Ereignissen wirklich Anteil zu nehmen. Wir wissen aus eigener bitterer Erfahrung, was es heißt, wenn dieses Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten oder gar mit militärischer Gewalt unterdrückt wird.

Die Staaten Afrikas verfügen heute über rund ein Drittel der Stimmen in den Vereinten Nationen; sie gewinnen im Konzert der Mächte schnell an politischem Gewicht. Die Afrikareise des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, bestätigte diese Erfahrung ebenso wie die Gespräche des deutschen UNO-Besuchers in New York mit afrikanischen UNO-Delegierten in diesen Tagen. Kenia und Sansibar gehören von nun an zu den Partnern solcher Gespräche auf dem internationalen Feld.

Mit dem Tage der Unabhängigkeit beginnt allerdings für beide Staaten ein mühevoller Weg. Innenpolitische Spannungen kennzeichneten das letzte Jahr. Die politischen Parteien in Kenia mit seinen 6,6 Millionen Einwohnern und in Sansibar mit 340 000 Einwohnern orientieren sich mehr an traditionellen Stammesordnungen als an umfassenden politischen Vorstellungen. Ronald Ngala, Führer der oppositionellen Kenya African Democratic Union (KADU) in Kenia, drohte wiederholt mit der Sezession der von ihm kontrollierten Provinzen. Er befürchtet, daß die übermächtige Regierungspartei Kenya African National Union (KANU) mit überwiegender Mitgliedschaft aus den Stämmen der Kikuyus und Lucas die kleineren Stämme und Regionen majorisiert, wenn nicht unterdrückt. Eine zeitweise ungünstige Wirtschaftslage, Kapitalabfluß, Arbeitslosigkeit und Streiks kamen erschwerend hinzu. Nur in langwierigen Verhandlungen gelang es, sich auf eine Verfassung zu einigen, die die Gefahren des "Regionalismus" vermied und zugleich den Minoritäten Garantien bot.

In Sansibar verschärften sich zeitweilig die Gegensätze zwischen den dort ansässigen 45 000 Arabern und den rund 240 000 Afrikanern. Auch hier sind die Parteien, vor allem durch diese Bevölkerungsstruktur geprägt, wirtschaftliche Schwierigkeiten brachten zusätzliche Spannungselemente mit sich. Der neue Staat muß von vornherein mit einem Haushaltsdefizit rechnen, das allerdings durch Zuschüsse der britischen Regierung gedeckt werden soll. Die Monokultur von Gewürznelken - bei seit fünf Jahren stetig und steil stürzenden Weltmarktpreisen - brachte das Land in diese prekäre Situation.

Wir sollten solche Fakten weder herablassend noch schadenfroh registrieren. Beide Staaten stehen vor gewaltigen Aufgaben und bedürfen unserer Hilfe. Gerade darum ist aber auch unkritischer Enthusiasmus fehl am Platz. Wir teilen die Freude, daß nun das Ziel der politischen Unabhängigkeit erreicht ist. Und wir teilen die Sorgen um die notwendige wirtschaftliche und politische Stabilisierung der neuen Staaten. Vor einer Einmischung in innere Angelegenheiten werden wir uns hüten. Doch wenn Rat und Hilfe von uns verlangt werden, sollten wir dazu bereit sein.

### Peking greift nach Thailand

Kommunistische Guerillas stossen bis zur Grenze Chinas vor  
Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

- \* Nicht nur Südvietnam, Laos und Kambodja, auch Thailand, das
- \* Bollwerk der SEATO, fällt der kommunistischen Unterwanderung
- \* durch Peking mehr und mehr zum Opfer. Guerilla-Banden sickern
- \* nördlich des Menam-Rivers entlang den Dschungelgrenzen von
- \* Burma und Laos, aber auch im Südosten, von Kambodja her, ein.
- \* Eine Lagebeurteilung des US-Oberkommandos Pazifik, datiert
- \* von Anfang Dezember 1963, stellt die Bedrohung Thailands durch
- \* die chinesische Subversion ausdrücklich fest. Unser Korrespon-
- \* dent berichtet nachfolgend über die "heimliche Front" im
- \* Dschungel. Die Redaktion

\* \* \*

In Bangkok sprach der Leiter des Abwehrdienstes der SEATO ohne Umschweife von der "heimlichen Front". "Unsere größte Sorge sind die Buddhisten, doch nicht, weil sie Buddhisten, sondern weil viele von ihnen Kommunisten sind". Bald danach fand ich diese Feststellung bestätigt. Es war nahe der berühmten "Brücke am Kwai". Wir - meine Freunde und ich - schlenderten durch eines der Dörfer. An dessen Ende stand ein Tempel, und wir sahen vor der Statue des Buddha einige Thai-Frauen knien. Wir traten in das Heiligtum ein. Ein Mann in safrangelber Gewandung verteilte mit Bildzeichen beschriebene Blätter. Sie enthielten Orakel. Was uns dann unser Begleiter, ein Thai, übersetzte, wirkte verblüffend. Der Schluß hieß: "Schließt in Euer Gebet Mao Tse-tung ein, den Schützer des Glaubens in China!"

### Opium gegen Waffen

Wenige Stunden später standen wir wieder an der Brücke. Von "drüben" kamen Jäger aus dem Dschungel, mit Beute beladen. Hinter uns heulten unvermittelt Motoren; Jeeps brausten über die Piste, aus ihnen sprangen Thai-Soldaten, die Maschinenpistolen schußbereit. Die Jäger mußten einzeln, mit erhobenen Händen vortreten. Die Beute, Bündel von Dschungel-Eichkatzen, wurde aufgeschnitten. Balg für Balg war voll Opium. Die Rebellen im Norden tauschen die Droge gegen Waffen oder harte Dollars ein. Das Rauschgift kommt in erheblichen Mengen aus dem Süden Chinas. Die "heimliche Front" lebt von den Erträgen des Schmuggels. Wo aber befindet sie sich?

Buddhistische Mönche oder Agenten, die sich als Mönche ausgeben, sind überall; sie wandern über Land oder paddeln mit ihren Booten in die entlegenen Dörfer des Urwaldes. Der Abwehrdienst weiß nur, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl von ihnen Hand in Hand mit chinesischen Aufwiegler arbeitet. Die es tun, sind jedoch nicht zu fassen.

In Peking tagte Mitte Oktober dieses Jahres eine Versammlung erlauchter buddhistischer Führer, um des 200. Todestages eines berühmten Missionars zu gedenken, des Mönche Chien Chen. Gegen Ende des Treffens wurde eine Entschliessung gegen die "imperialistischen Ver-

Folger der Religion" gefaßt und bald auch in den Anrainer-Staaten Chinas, vor allem in Thailand, verbreitet.

### Die "heimliche Front" ist überall und nirgends

So ist dieser Teil der "heimlichen Front" beschaffen. Sie wirkt überall und nirgends. Doch es gibt Konzentrationspunkte der Agitation und der bewaffneten Widerstandskämpfer, der Guerillas. Entlang dem Mekong und weiter nördlich sind sie ausgebreitet in den "Unruhe-Gebieten" um Phi-Soy, Nong Khai, im Bergland dicht vor China. Den Asiaten liegt die Zahl "zehntausend" auf der Zunge. Wenn sie eine sehr große Menge meinen, sprechen sie von zehntausend Bergen, Jahren oder Menschen. So auch von "zehntausend Guerillas". So viele sind es aber in dem von Laoten besiedelten Nord-Thailand bestimmt nicht. Die Abwehr schätzt die bewaffneten Partisanen, Agitatoren und Mitläufer auf "höchstens tausend und einige Mann mehr". Die Unsicherheit darüber zeigt sich offenkundig.

### Mit Standrecht wenig auszurichten ...

Der königlichen Siam-Regierung obliegt es, Jahr für Jahr die Revolten niederzuschlagen. Jedem gefangenen Roten droht die standrechtliche Erschießung. Da Kommunisten und Opiumschmuggler gleich behandelt werden, trifft die Todesstrafe auch die gefaßten Händler der Droge und die Mittelsleute. Doch weder Strafexpeditionen noch das Standrecht bringen die Kommunisten zum Schweigen. Ihre "heimliche Front" wächst. Das beweist die zunehmende Angst der Bauern zwischen Mienam und Mekong. Wer ihnen gegenübersteht, weiß nicht, ob sie bei nächster Gelegenheit den Pflug mit dem Gewehr vertauschen. Diese Verwandlung gehört in Thailand wie in Laos und Vietnam zum Guerilla-Brauch.

Die Föderation Malaysia macht die herrschende Narbe noch größer. Rotchina nennt sie "eine Verschwörung der Imperialisten". Es sorgt dafür, daß sich die kommunistische Subversion allmählich über die gesamte Malakka-Halbinsel nach Singapore hinein ausbreitet. Zugleich zielt die Propaganda auf die Unabhängigkeitserklärung von Nord-Thailand; es soll zusammen mit Kambodja, Laos und dem Vereinigten Vietnam eine "neutrale" Föderation bilden. Das entspricht der Taktik des Peking-Regimes: Über den Zentralismus zur Volksdemokratie.

### ... mit Polaris-Raketen auch nicht

Das Oberkommando Pazifik trägt den Umständen Rechnung. Es kündigte an:

Die Kampfstärke der "Hunter-Killer" (es handelt sich um US-Guerilla-Formationen) ist um hundert Prozent erhöht worden.

Erneute Landungen der Marine - Infanterie sollen in Thailand die erwartete Revolution niederschlagen.

Mit Polaris-Raketen bestückte Unterseeboote werden bald (tatsächlich jedoch erst ab Ende 1964) im Pazifik operieren.

Die "heimliche Front" schweigt. Auch mit Polaris-Raketen wäre nichts gegen sie auszurichten. Entscheidend für die weitere Entwicklung in diesem Teil der Erde war und ist die Frage, ob es der freien Welt gelingt, das Massenelend von vielen Millionen Menschen zu überwinden.